

Fragen

für die Fragestunde**der Sitzung des Deutschen Bundestages****am Freitag, dem 30. März 1979**

	Seite
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes	2, 15 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	8, 15 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	9, 15 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	2, 18 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	11, 19 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	12, 19 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	21 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung	13, 21 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	2, 24 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	4, 25 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen	5, 27 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	14, 30 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen	31 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie	2, 31 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft	2, 32 *)

*) *Schriftliche Fragen gemäß IV. der Richtlinien*

A. Mündliche Fragen gemäß I. der Richtlinien

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

1. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU) Warum benennt die Bundesregierung auf ihrem Informationsblatt „Die Bundesrepublik Deutschland“ die Orte in Ostdeutschland jenseits von Oder und Neiße nicht mit ihren deutschen Namen, sondern zuerst mit polnischen Bezeichnungen, obwohl Ostdeutschland durch keinen völkerrechtswirksamen Vertrag zum Ausland erklärt worden ist?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

2. Abgeordneter
Dr. Diederich
(Berlin)
(SPD) Wird die Bundesregierung die in der juristischen Literatur vertretene Ansicht (vgl. z. B. Prof. Dr. Dieter Heckelmann in „Archiv für die zivilistische Praxis“ 1979), daß die Fußballvereine in der Bundesliga gegen die privatrechtliche Bestimmung verstoßen, nach der die eingetragenen Vereine nur dann zulässig sind, „soweit sie keinen oder einen nur geringfügigen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb unterhalten“, zum Anlaß nehmen, eine Änderung des geltenden Rechts in Erwägung zu ziehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

3. Abgeordneter
Pfeffermann
(CDU/CSU) In welcher Weise beabsichtigt die Bundesregierung, die Förderung der Datenverarbeitung im Bauwesen in Fortführung des CAD-Programms des Bundesforschungsministeriums in das angekündigte Bauforschungsprogramm aufzunehmen, und wann ist mit der Vorlage dieses Bauforschungsprogramms zu rechnen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

4. Abgeordneter
Egert
(SPD) Wird die Bundesregierung prüfen, ob die Passage, „Die Berufsbezeichnung sollte sich auch nicht danach richten, ob in dem Beruf überwiegend männliche oder weibliche Beschäftigte tätig sind. Insofern erscheint die männliche Berufsbezeichnung neutral. Weibliche Berufsbezeichnungen sollten daher nicht verwendet werden.“, die als Leitlinie für die Erstellung von Ausbildungsordnungen zwischen den beteiligten Bundesressorts besteht, noch den Forderungen nach Chancengleichheit bei der Erlangung eines Ausbildungs- bzw. Arbeitsplatzes genügt, und wann ist gegebenenfalls mit einer Änderung zu rechnen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

5. Abgeordneter
Voigt
(Sonthofen)
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß die Bundesregierung beabsichtigt, die 1. Gebirgsdivision im Rahmen einer Umgliederung den anderen Panzergrenadierdivisionen des Heeres anzupassen, und falls ja, inwieweit kann sie dann noch ihrem ursprünglichen Auftrag, den bayerischen Raum zu schützen, gerecht werden?

- | | |
|---|---|
| 6. Abgeordneter
Lintner
(CDU/CSU) | Entsprechen Gliederung und Organisationsprinzip der Kampfgruppen der Arbeiterklasse in der DDR dem militärischer Einheiten? |
| 7. Abgeordneter
Lintner
(CDU/CSU) | Wie beurteilt die Bundesregierung den Stoffplan der letzten Ausbildungsperiode der Kampfgruppen der Arbeiterklasse in der DDR, und worin sieht die Bundesregierung die Schwerpunkte dieser Ausbildungsperiode? |
| 8. Abgeordneter
Dr. Abelein
(CDU/CSU) | Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus der völligen Angleichung der Kampfgruppen in der DDR — Organisation, Führung und Vorschriftenwesen gleichermaßen — an die Gegebenheiten der NVA? |
| 9. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU) | Welche Stellung mißt die Bundesregierung den Kampfgruppen als Bestandteil der sozialistischen Landesverteidigung innerhalb der Kräfte des Warschauer Pakts zu? |
| 10. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU) | Hat die Bundesregierung auf Grund der unlängst bekannt gewordenen Äußerungen des DDR-Verteidigungsministers Armeegeneral Hoffmann zur Bedeutung der Kampfgruppen den Darlegungen des Generalmajors Leube, der offen vom „operativen Einsatz der Kampfgruppen“ spricht, sowie der Veröffentlichungen von Generaloberst Scheibe, dem Leiter der Abteilung Sicherheit beim ZK der SED, zu diesem Thema eine neue Lagebeurteilung anstellt, und zu welchem Ergebnis kommt sie gegebenenfalls dabei? |
| 11. Abgeordneter
Schmöle
(CDU/CSU) | Entspricht der Aufbau der rückwärtigen Dienste der Kampfgruppen der Arbeiterklasse in der DDR dem logistischen System der Nationalen Volksarmee, und welche Schlußfolgerungen zieht die Bundesregierung daraus? |
| 12. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU) | Welche Lernziele hat die Zentrale Schule für Kampfgruppen in der DDR bei der ideologischen Indoktrinierung, und welche Ausbildungsgebiete und Ziele haben die Waffenschulen der Kampfgruppen? |
| 13. Abgeordneter
Graf Huyn
(CDU/CSU) | Muß die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland damit rechnen, daß in einem Verteidigungsfall Einheiten der Kampfgruppen auf ihrem Territorium eingesetzt werden — eventuell zur Sicherung der Operationsfreiheit der Warschauer-Pakt-Streitkräfte oder als Sonderkommandos? |
| 14. Abgeordneter
Biehle
(CDU/CSU) | Hat der Kommandeur der 12. Panzerdivision, Generalmajor Bastian, — wie die Zeitung Die Welt meldete — in einer öffentlichen politischen Veranstaltung erklärt, er stimme dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Wehner dahin zu, daß die sowjetische Rüstung defensiv sei, und wenn ja, wie beurteilt die Bundesregierung diesen Vorgang, und was gedenkt sie in dieser Sache zu tun? |

15. Abgeordneter
Biehle
(CDU/CSU)
- Hat das Bundesverteidigungsministerium diese „angeblichen Äußerungen“ des Generals dementiert, als Beweis ein Interview des Generals zitiert und dabei genau die Passagen verschwiegen, die die Äußerungen von Generalmajor Bastian bestätigen, wie dies in der Zeitung Die Welt vom 21. März 1979 gemeldet wurde, und wenn ja, hält die Bundesregierung dies für tragbar?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Jugend, Familie und Gesundheit**

16. Abgeordnete
Frau Benedix
(CDU/CSU)
- Stimmt es, daß in dem Entwurf eines Erlasses zur Heimmindestpersonalverordnung für Altenheime, Altenwohnheime und Pflegeheime für Volljährige im § 4 Nr. 1 eine Aufzählung bestimmter Tätigkeitsmerkmale, die für die Ausübung einer Funktion eines Heimleiters relevant sind, genannt sind, und daß in diesem Katalog die Ausbildung zum Theologen fehlt?
17. Abgeordnete
Frau Benedix
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, daß von der Ausbildung her der Theologe nicht unter dem Pädagogen subsumiert werden kann, und welche Folgerungen zieht sie gegebenenfalls daraus für die Fassung des angeführten Erlasses?
18. Abgeordneter
Menzel
(SPD)
- Liegen der Bundesregierung Forschungsergebnisse über Integrationsmöglichkeiten von Zigeunern in das gesellschaftliche Leben in der Bundesrepublik Deutschland vor?
19. Abgeordneter
Menzel
(SPD)
- Gedenkt die Bundesregierung, gegebenenfalls Forschungsvorhaben zu fördern, um Lösungen dieses Problems zu erarbeiten, das über den jeweiligen kommunalen Rahmen hinaus von Bedeutung ist?
20. Abgeordneter
Glos
(CDU/CSU)
- Welche Schritte will die Bundesregierung nach Vorliegen der schriftlichen Urteilsbegründung des Bundesgerichtshofs vom 26. Januar 1979 in Sachen „Bocksbeutelrechtsschutz“ unternehmen, um die berechtigten Interessen der fränkischen Winzer und der deutschen Verbraucher zu schützen, und hält die Bundesregierung insbesondere die vom Parlamentarischen Staatssekretär Zander in der Fragestunde des Deutschen Bundestages (Drucksache 8/2637) getroffene Aussage noch aufrecht, daß „den Bemühungen der Bundesregierung um einen Schutz der Bocksbeutelflasche im Gemeinschaftsrecht weitgehend die Grundlage entzogen worden ist“?
21. Abgeordneter
Glos
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß es sich bei der heute für portugiesischen Roséwein beim Export in die Bundesrepublik Deutschland verwendeten bocksbeutelähnlichen Flasche nicht um die dort seit Jahrhunderten traditionell verwendete Cantilflasche handelt, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?

22. Abgeordnete
Frau Schleicher
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß der Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit in die kleine Kommission zur Reform der ärztlichen Ausbildung für die studentische Seite Mitglieder der nicht auf dem Boden der freiheitlich demokratischen Grundordnung stehenden Vereinigten Deutschen Studentenschaften berufen hat statt Mitglieder der medizinischen Fachschaften, und was hat der Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit getan, um es den medizinischen Fachschaften organisatorisch und zeitlich zu ermöglichen, ihm Vorschläge für eine entsprechende Berufung zu machen?
23. Abgeordnete
Frau Schleicher
(CDU/CSU)
- Was wird der Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit tun, um in der kleinen Kommission zur Reform der ärztlichen Ausbildung eine repräsentative und sachbezogene Vertretung der Studenten der Medizin sicherzustellen?
24. Abgeordneter
Niegel
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, ein Pilotprojekt zu finanzieren, das sich mit dem Problem auseinandersetzt, inwieweit psychosoziale und medizinische Faktoren dafür bestimmend sind, daß einige drogengefährdete Jugendliche drogenabhängig, andere nicht drogenabhängig werden, damit es staatlichen, kirchlichen und privaten Institutionen dadurch erleichtert wird, die Abhängigkeit von Drogen wirksamer zu bekämpfen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

25. Abgeordnete
Frau Funcke
(FDP)
- Trifft es zu, daß in der Silvester-Nacht 1978/79 bei eisiger Kälte und stundenlangen Zugverspätungen alle Wartesäle des Kölner Hauptbahnhofs geschlossen waren und trotz dringenden Bedarfs nicht ein einziger vom Bahnpersonal geöffnet wurde, und trifft das auch auf andere Großstadtbahnhöfe zu?
26. Abgeordneter
Schäfer (Mainz)
(FDP)
- Ist der bei der Bundesbahn 14 Jahre beschäftigt gewesene Fahrkartenverkäufer Hermann Schladt auf Grund seiner DKP-Mitgliedschaft von der Deutschen Bundesbahn (Koblenz) entlassen worden, und wenn ja, ist die Bundesregierung der Meinung, daß dies mit den kürzlich vom Bundeskabinett beschlossenen Grundsätzen zur Behandlung von Extremisten im öffentlichen Dienst vereinbar ist?
27. Abgeordneter
Schäfer (Mainz)
(FDP)
- Wie beurteilt die Bundesregierung gegebenenfalls die Entfernung eines offensichtlich nicht im sicherheitsempfindlichen Bereich beschäftigten Mitarbeiters, dem ausdrücklich „korrektes Verhalten im Dienst“ bestätigt wurde, und welche Folgerungen zieht sie daraus?
28. Abgeordnete
Frau Fischer
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die von der Nederlandse Spoorwegen zur Begründung für die faktische Stilllegung der Strecke Gronau – Enschede angeführten Sicherheitsargumente angesichts der Tatsache, daß nach einem Bericht der niederländischen Zeitung Tubantia vom 7. Oktober 1978 die zuständigen Direktionen von Bundesbahn und Nederlandse Spoorwegen dieser Zeitung mitgeteilt

haben, daß Sicherheitsmängel an der Strecke nicht festzustellen seien, das Weichen- und Signalsystem in Enschede sei zwar alt und es könnten bei Defekten Ersatzteile fehlen, die Betriebssicherheit sei jedoch nicht gefährdet?

29. Abgeordneter
Rawe
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die faktische Einstellung des Personenzugverkehrs auf der Strecke Gronau – Enschede zum 27. Mai 1979 auf dem Umweg über die Fahrplangestaltung durch die Nederlandse Spoorwegen angesichts der Tatsache, daß die erforderliche Zustimmung deutscherseits nicht erteilt wurde bzw. das für eine Stilllegung vorgesehene rechtliche Verfahren erst begonnen hat?
30. Abgeordneter
Rawe
(CDU/CSU)
- Wird sich die Bundesregierung bei ihrer Entscheidung über die endgültige Einstellung des Personenzugverkehrs auf der Strecke Gronau – Enschede von der Tatsache beeindrucken lassen, daß sowohl die deutsch-niederländische Parlamentariergruppe, der Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen, die deutsch-niederländische Raumordnungskommission, der Regierungspräsident zu Münster und die EUREGIO als auch alle regionalen niederländischen Instanzen sich aus raumordnerischen und strukturpolitischen Gründen für die Aufrechterhaltung der Strecke einsetzen?
31. Abgeordneter
Köster
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, die vom Bundesverkehrsminister in seinem verkehrspolitischen Jahresgespräch vom 30. Januar 1979 zum Ausdruck gebrachten Überlegungen über die zukünftige Bedeutung der grenzüberschreitenden Schienenstrecken für das europäische Verkehrsnetz auch in ihre Entscheidung über die endgültige Einstellung des Personenzugverkehrs auf der Strecke Gronau – Enschede einfließen zu lassen?
32. Abgeordneter
Dr. Unland
(CDU/CSU)
- Befürchtet die Bundesregierung durch die Einstellung des Personenzugverkehrs auf der Strecke Gronau – Enschede ausgerechnet zwei Wochen vor der Europawahl negative Auswirkungen auf die Stimmbürger im deutsch-niederländischen Grenzraum angesichts der Tatsache, daß es sich bei dieser Strecke um den einzigen grenzüberschreitenden Schienenweg zwischen Westfalen und den Niederlanden handelt, und müßte im Gegenteil nicht alles daran gesetzt werden, durch eine Intensivierung des Verkehrs auf der gesamten Strecke Münster – Gronau – Enschede zusätzliche Verbindungen zwischen den Intercity-Takt-Verkehren in der Bundesrepublik Deutschland und in den Niederlanden herzustellen, und damit die europäische Integration zu verstärken?
33. Abgeordneter
Dr. Unland
(CDU/CSU)
- Wird sich die Bundesregierung von der Auffassung leiten lassen, daß nicht aus kurzfristigen Kostenüberlegungen die infrastrukturellen Bedingungen in einem Fördergebiet der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ verschlechtert und die von der Europäischen Gemeinschaft geforderte bessere Verflechtung und Verknüpfung der Schienennetze an den Binnengrenzen der Gemeinschaft verhindert werden dürfen?

- | | |
|---|---|
| 34. Abgeordneter
Spranger
(CDU/CSU) | Wie ist der Sachstand bei der Planung einer Autobahnspange bzw. Schnellstraße der B 25 A bei Feuchtwangen/Westmittelfranken, und welche Auffassung vertritt der Bundesverkehrsminister zu den verkehrlichen, umwelt- und naturschützerischen Problemen, die ein solcher Bau aufwerfen würde? |
| 35. Abgeordneter
Spranger
(CDU/CSU) | Trifft es zu, daß der Landschaftsverband Rheinland nicht in der Lage war, die für 1978 zur Verfügung gestellten Straßenbaumittel auch tatsächlich zu verbauen und so über 109 Millionen DM nicht zum Straßenbau verwendet wurden, und hält die Bundesregierung es deshalb nicht für zwingend erforderlich, die für den Straßenbau zur Verfügung gestellten Gelder dem Land Bayern zuzuweisen, das bisher die zugewiesenen Gelder jeweils ausgeschöpft hat und auch zukünftig in der Lage sein wird, alle zugewiesenen Gelder zu verbauen? |
| 36. Abgeordnete
Frau
Dr. Hartenstein
(SPD) | Gibt es bei der Deutschen Bundesbahn eine mit der französischen Eisenbahn (SNCF) vergleichbare Aktion, welche vorsieht, den Pkw-Transport auf der Schiene vor allem in den Ferienzeiten dadurch attraktiv zu machen, daß das Auto zu einem 50 v. H. reduzierten Tarif befördert wird? |
| 37. Abgeordnete
Frau
Dr. Hartenstein
(SPD) | Hat das Bundesverkehrsministerium die Absicht, der Deutschen Bundesbahn entsprechende Investitionsmittel zur Verfügung zu stellen, damit sie diesen Bereich des kombinierten Straße-Schiene-Transports besser ausbauen und wirkungsvoll dafür werben kann? |
| 38. Abgeordneter
Immer
(Altenkirchen)
(SPD) | Inwieweit ist die Bundesregierung in der Lage und bereit, durch eine gesetzliche Regelung oder auf dem Wege einer Verordnung sicherzustellen, daß für den Schülertransport keine Busse mehr verwendet werden dürfen, die keine zentralen Türverriegelungs- und Öffnungsvorrichtungen besitzen, also ohne Kontrolle von den Schülern selbst geöffnet werden können? |
| 39. Abgeordnete
Frau
Traupe
(SPD) | Inwieweit ist die Bundesregierung in der Lage und bereit, bei einer Neufassung der Regelungen für die Beförderung von Schulkindern das regelmäßige Mitfahren einer Aufsichtsperson festzulegen? |
| 40. Abgeordneter
Hansen
(SPD) | Sind der Bundesregierung die Einwände gegen eine Brückenkonstruktion über den Rhein bei Ilverich im Zuge des Neubaus der A 44 bekannt, die zu einer Zerschneidung der erhaltenswerten niederrheinischen Landschaft führen würde, und wie beurteilt die Bundesregierung die finanziellen und technischen Möglichkeiten, durch eine Rheinuntertunnelung die Landschaft zu schonen? |
| 41. Abgeordneter
Hansen
(SPD) | Ist der Bundesregierung bekannt, daß durch den Beschluß des Rats der Stadt Düsseldorf, die Planungen für eine A 59 auf Düsseldorfer Gebiet ab Höherhofweg aufzugeben, eine neue Trassenführung der A 44 möglich wird, die das Naherholungsgebiet im Bereich Kalkumer Wald schont, und wird die Bundesregierung diese von der Stadt Düsseldorf geforderte neue Trassenführung unterstützen? |

42. Abgeordneter
Ludewig
(FDP) Was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um das Telefonnetz so auszubauen, daß die heute schon vorhandene Überlastung zu den Zeiten des „Mondscheintarifs“ (Beginn 22 Uhr) abgebaut wird?
43. Abgeordneter
Ludewig
(FDP) Sieht die Bundesregierung als Alternative zu einem Ausbau die Möglichkeit, den „Mondscheintarif“ bereits um 18 Uhr werktags beginnen zu lassen?
44. Abgeordneter
Dr. von Geldern
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß im Bereich der Oberpostdirektion Bremen eine Warteschlange von ca. 20 000 Bürgern besteht, die auf die Einrichtung des Fernsprechhauptanschlusses warten?
45. Abgeordneter
Dr. von Geldern
(CDU/CSU) Trifft es ferner zu, daß im Bereich der Oberpostdirektion Bremen ca. 650 zusätzliche Arbeitskräfte benötigt werden, und in welchem Zusammenhang steht die Warteschlange für Fernsprechhauptanschlüsse gegebenenfalls zu den nicht besetzten Arbeitsplätzen?
46. Abgeordnete
Frau Krone-Appuhn
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß die Gemeinden verpflichtet sind, für Handfunkgeräte der Feuerwehr Gebühren an die Deutsche Bundespost zu entrichten, deren Unterhalt pro Jahr damit teurer als die Anschaffung ist?
47. Abgeordnete
Frau Krone-Appuhn
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, im Interesse der Verbesserung des Katastrophenschutzes den Gemeinden diese Gebühren zu erlassen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

48. Abgeordneter
Roth
(SPD) Wie weit sind die Verhandlungen innerhalb der OECD gediehen, den in Guadeloupe vereinbarten Beistandskredit für die Türkei zu realisieren?
49. Abgeordneter
Roth
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, den von ihr geplanten Teilbetrag für den Beistandskredit durch eine öffentliche Erklärung bereitzustellen, damit klar wird, daß die Entscheidung von Guadeloupe realisiert wird?
50. Abgeordneter
Jungmann
(SPD) An welche der neun Länder, die von der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen auf die „schwarze Liste“ wegen Menschenrechtsverletzungen schwerwiegender Art gesetzt worden sind, hat die Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1978 Waffen geliefert?
51. Abgeordnete
Frau Simonis
(SPD) Wann wird die Bundesregierung entsprechend ihrem Appell „an alle am Rüstungsexport beteiligten Staaten“ (Drucksache 8/2587, Nr. 106) ihre Rüstungsexporte in die Dritte Welt offenlegen?
52. Abgeordneter
Gansel
(SPD) An welche Entwicklungsländer, denen die Bundesrepublik Deutschland 1978 Schulden erlassen hat, hat die Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1978 Waffen geliefert oder Ausbildungshilfe geleistet?

- | | |
|--|--|
| 53. Abgeordneter
Gansel
(SPD) | Hat die Bundesregierung — wie der indische Verteidigungsminister im indischen Parlament erklärte — Indien Zusammenarbeit beim Bau von U-Booten angeboten, und wenn ja, aus welchen Gründen ist dies Angebot ergangen? |
| 54. Abgeordneter
Dr. Mertes
(Gerolstein)
(CDU/CSU) | Beabsichtigt die Bundesregierung Änderungen der eigenen Haltung bei den Wiener Truppenabbauverhandlungen (MBFR), die über das bisherige westliche Entgegenkommen hinausgehen, wie es die Bundesregierung in ihrer Antwort auf die Großen Anfragen der CDU/CSU und SPD/FDP (Drucksache 8/2587 vom 16. Februar 1979) und im Bundestagsunterausschuß für Abrüstung und Rüstungskontrolle dargelegt hat? |
| 55. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU) | Trifft es zu, daß die DDR die Stadtgrenze von Ost-Berlin in das Gebiet der DDR hinein auszudehnen beabsichtigt, und ist diese Absicht gegebenenfalls den für Berlin zuständigen Vier Mächten bereits offiziell mitgeteilt worden? |
| 56. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU) | Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß eine einseitige Änderung der Grenzen von Berlin ein Verstoß gegen Abschnitt I Nr. 4 des Viermächteabkommens über Berlin wäre, der die Funktion Berlins als Prüfstein für die Bereitschaft der UdSSR zu echter Entspannung empfindlich berühren müßte? |
| 57. Abgeordneter
Dr. Voss
(CDU/CSU) | Ist der Bundesregierung bekannt, ob die „Verwaltung für Staatseinkünfte des sowjetischen Finanzministeriums“ die in der Sowjetunion akkreditierten bundesdeutschen Firmenvertretungen aufgefordert hat, für alle Mitarbeiter Einkommensteuererklärungen für 1978 und 1979 vorzulegen? |
| 58. Abgeordneter
Dr. Voss
(CDU/CSU) | Auf welcher Rechtsgrundlage beruhen bejahendenfalls diese Maßnahmen, und stehen sie in Übereinstimmung mit den Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion? |
| 59. Abgeordneter
Lambinus
(SPD) | Verfügt die Bundesregierung über Erkenntnisse darüber, ob — wie die britische Zeitung „Daily Telegraph“ gemeldet hat — Politiker aus der Bundesrepublik Deutschland aus einem Geheimfonds des südafrikanischen Informationsministeriums bestochen wurden, damit diese als Gegenleistung in öffentlichen Reden das Apartheid-Regime in Pretoria positiv darstellen? |

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

- | | |
|--|--|
| 60. Abgeordnete
Frau
Matthäus-Maier
(FDP) | Sieht die Bundesregierung in der vereinzelt geplanten Ersatzlösung für den Wegfall der Regelanfrage, nämlich die Anfrage beim Verfassungsschutz ausdrücklich von der Mitgliedschaft in einer der im Verfassungsschutzbericht erwähnten Organisationen abhängig zu machen, einen von der Bundesregierung nicht gewünschten Mißbrauch und zwar im Hinblick auf das Vorwort des Verfassungsschutzberichts 1977, der unter anderem ausführt, „Der Bericht fällt kein Urteil darüber, ob ein Bewerber für den öffentlichen Dienst, der Mitglied in einer in ihm erwähnten Organisation ist, die beamtenrechtlichen Voraussetzungen für eine Einstellung erfüllt oder nicht. Er darf auch nicht so mißverstanden werden.“? |
|--|--|

61. Abgeordneter
Voigt
(Frankfurt)
(SPD)
- Trifft es zu, daß auf Grund einer Änderung des Ausweisgesetzes vom 6. November 1978 Vermerke in Personalausweise eingetragen werden, die zur Folge haben, daß der Ausweisinhaber die Bundesgrenze nicht mehr überschreiten darf?
62. Abgeordneter
Voigt
(Frankfurt)
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung des hessischen Datenschutzbeauftragten, Spiros Simitis, der diese Praxis laut „Süddeutsche Zeitung“ vom 16. März 1979 als „verfassungsrechtlich bedenklich“ qualifizierte, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?
63. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung aus genehmigungsrechtlicher Sicht die Möglichkeit, Zwischenlager für abgebaute Brennelemente aus Kernkraftwerken in Form von Kompaktlagern oder Trockenlagern kurzfristig für den Fall einzurichten und zu betreiben, daß die französische Firma Cogema ihren Abnahmeverpflichtungen vorübergehend nicht nachkommen kann?
64. Abgeordneter
Dr. Schöffberger
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß der Zivile Sicherheitsdienst, Olympiapark, München, in Zeitungsanzeigen (z. B. Süddeutsche Zeitung vom 24./25. Februar und vom 3./4. März 1979) Söldner für „Sicherheitsaufgaben im Ausland“ und „Schwarze Sheriffs“ für eine bereits bestehende „Observationsgruppe“ im Inland anwirbt, und ist die Bundesregierung in diesem Zusammenhang bereit, Überlegungen zur restriktiven bundesrechtlichen Regelung ziviler Sicherheitsdienste anzustellen?
65. Abgeordneter
Krey
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß DDR-Spediteure die Möbel der mutmaßlichen Spione Horst Katzmann aus Hoffnungsthal und Klaus Schmidt aus Bergisch Gladbach in die DDR transportiert haben und hierüber in der Bevölkerung weitgehend Unverständnis herrscht, und sind staatliche Stellen des Bundes bei diesem Vorgang eingeschaltet gewesen?
66. Abgeordneter
Krey
(CDU/CSU)
- Ist im Zusammenhang mit dem Abtransport der Möbel der ehemaligen Interatom-Mitarbeiter Katzmann und Schmidt von Dienststellen des Bundes geprüft worden, welcher Schaden durch die vermutliche Spionage angerichtet wurde und ob unter den gegebenen Umständen nicht eine Beschlagnahme der Möbel bzw. ein Arrest möglich gewesen wäre?
67. Abgeordneter
Kuhlwein
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, ob es für das in Krümmel (Kreis Herzogtum Lauenburg) im Bau befindliche Kernkraftwerk bereits Katastrophenschutzpläne gibt oder ob solche gegebenenfalls vorbereitet werden?
68. Abgeordneter
Kuhlwein
(SPD)
- Wer muß die Kosten für besondere Katastrophenschutzmaßnahmen beim Betreiben eines Kernkraftwerks übernehmen, und kann gegebenenfalls nach dem Verursacherprinzip der Betreiber eines Kernkraftwerks zur Finanzierung herangezogen werden?

69. Abgeordneter
Cronenberg
(FDP) Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, wieviel Haushalte und wieviel Prozent des Industrie- und Gewerbemülls in der Bundesrepublik Deutschland durch private Städtereinigungsbetriebe entsorgt werden, und wenn ja, wie lauten die entsprechenden Zahlen?
70. Abgeordneter
Cronenberg
(FDP) Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß der Wettbewerb zwischen öffentlichen und privaten Reinigungsbetrieben, im Interesse der Verbraucher, nicht durch steuerliche Maßnahmen behindert werden darf, und wenn ja, welche Konsequenzen zieht sie daraus?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

71. Abgeordneter
Dr. Spöri
(SPD) Wird die Bundesregierung die Forderung der Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer (ASU), die Werbung mit steuerlichen Verlustzuweisungen zu einem Tatbestand unlauteren Wettbewerbs zu erklären und so Fehlentwicklungen auf dem Abschreibungsmarkt zu bekämpfen, aufgreifen und eine entsprechende Initiative vorbereiten?
72. Abgeordneter
Dr. Spöri
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, mit der Deutschen Bundesbank in einen Gesprächskontakt über den von Bundesfinanzminister Matthöfer geäußerten Vorschlag einzutreten, wonach künftig ein Teil der Devisenreserven der Bundesrepublik Deutschland für die Rohölbevorratung genutzt werden soll, bzw. wird die Bundesregierung dahin gehende Verhandlungen anstreben?
73. Abgeordneter
Lampersbach
(CDU/CSU) Welche Überlegungen veranlassen die Bundesregierung, zur Feststellung der Bemessungsgrundlage für die Umsatzsteuer bei Umsätzen aus Geldspielgeräten von einem fiktiven 1 1/2fachen Kasseneintrag auszugehen?
74. Abgeordneter
Lampersbach
(CDU/CSU) Sieht die Bundesregierung, angesichts der Tatsache, daß dieses Verfahren (Multiplikation des Kasseneintrags mal 1,5) zu einer höheren Umsatzsteuerbelastung als 12 v. H. (real 18 v. H.) führt, eine Möglichkeit zur Reduzierung oder Aufhebung der fiktiven Bemessungsgrundlage des 1 1/2fachen Kasseneintrags?
75. Abgeordnete
Frau Will-Feld
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, ob die Finanzämter zunehmend dazu übergehen, bei bestehenden Steuerschulden einen unmittelbaren Kreditzusammenhang im Sinne des § 10 EStG anzunehmen, und beruht dies gegebenenfalls auf Richtlinien des Bundes?
76. Abgeordnete
Frau Will-Feld
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Rechtsauffassung von Finanzämtern, daß die Abzugsfähigkeit von Versorgungsaufwendungen (Krankenkassenbeiträge und Beiträge zur Altersversorgung) im Rahmen der Sonderausgaben zu versagen sind, wenn der Steuerpflichtige Steuerrückstände hat, und wenn nein, welche Folgerungen zieht sie daraus?

77. Abgeordneter
Gobrecht
(SPD)
- Besteht eine immer wieder erkennbare Ohnmacht der Finanzbehörden gegenüber den Gepflogenheiten der illegalen Arbeitnehmerverleihbetriebe (vgl. auch „Der Spiegel“, Nr. 12/1979, Seite 67), und hält die Bundesregierung gegebenenfalls die damit verbundenen nicht unbedeutenden Steuerausfälle sowie die wettbewerbsmäßige Benachteiligung legaler Betriebe für ausreichend, die im Dritten Erfahrungsbericht zum AÜG (Arbeitnehmerüberlassungsgesetz) gemachte Äußerung, „soweit erforderlich“ Änderungen der geltenden Gesetze vorzuschlagen, zu realisieren, und welche Möglichkeiten werden in diesem Zusammenhang von der Bundesregierung diskutiert?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

78. Abgeordneter
Wolfram
(Recklinghausen)
(SPD)
- Sieht die Bundesregierung in der derzeitigen Situation auf dem Mineralölmarkt eine akute und existenzgefährdende Bedrohung des unabhängigen, selbständigen, kleinen und mittleren Mineralölhandels, und was gedenkt sie zu tun, um diesen für die Volks- und Wettbewerbswirtschaft wichtigen Bereich zu erhalten?
79. Abgeordneter
Wolfram
(Recklinghausen)
(SPD)
- Entspricht die derzeitige Mengen- und Preisstrategie der Mineralölkonzerne, vor allem gegenüber den freien Tankstellen, den Vorstellungen der Bundesregierung, oder kann man von einer Art „Verdrängungswettbewerb“ zu Lasten der „Freien“ sprechen, und wenn dem so ist, was wird die Bundesregierung dagegen unternehmen?
80. Abgeordneter
Conrad
(Riegelsberg)
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Handelsmöglichkeiten für kleinere und mittlere Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland mit der Volksrepublik China?
81. Abgeordneter
Conrad
(Riegelsberg)
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung im Zusammenschluß von Arbeitsgemeinschaften sinnvolle Möglichkeiten, die Schwierigkeiten in bezug auf die für diesen Unternehmenskreis einzeln kaum aufzubringenden hohen Anlaufkosten für die Kontaktabbahnung zu überwinden und das Know-how im China-Geschäft zu erwerben, und wenn ja, ist die Bundesregierung in der Lage und bereit, diese Arbeitsgemeinschaften zu fördern?
82. Abgeordneter
Dr. Jens
(SPD)
- Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, damit angesichts der Energieprobleme bei Großkraftwerken die sogenannte Wärme-Kraftkoppelung eingeführt und das Fernwärmenetz in der Bundesrepublik Deutschland ausgebaut wird?
83. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, daß die Kraftfahrzeugversicherungsgesellschaften, nachdem sie in der Kasko-Versicherung zum 1. Januar 1979 die Einordnung der Kraftfahrzeuge in Typenklassen mit unterschiedlich hohen Tarifen geändert hatten, sich dem Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen gegenüber verpflichtet haben, den Kraftfahrern auf Antrag bis zum Jahresende die alte Typklasse einzuräumen, wenn diese günstiger ist, und wie lautet bejahendenfalls diese Verpflichtungserklärung?

84. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU)
- Was hat die Bundesregierung bisher dagegen unternommen (evtl. mit welchem Ergebnis), um den Verbrechern im Warentermingeschäft das Handwerk zu legen oder wenigstens entscheidend zu erschweren, die, wie die Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22. März 1979 berichtet, ohne Befähigungsnachweis und ohne Zuverlässigkeitsprüfung die Bundesrepublik Deutschland heimsuchen und hier im Börsengeschäft unerfahrene Bürger angeblich bereits um 1 Milliarde DM gebracht haben?
85. Abgeordnete
Frau
Schuchardt
(FDP)
- Bestätigt die Bundesregierung, daß sie Investitionsförderungsmaßnahmen und Investitionsförderungsabkommen mit Portugal erst dann treffen bzw. ratifizieren wird, wenn die portugiesische Regierung berechnete Entschädigungsforderungen vor allen Dingen der kleinen und mittleren, beschlagnahmten oder sonst der Verfügungsmacht entzogenen Firmen und Betriebe deutscher Staatsangehöriger bezahlt hat, und welche Gründe veranlassen sie dazu?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

86. Abgeordneter
Dr. Freiherr
Spies von
Büllesheim
(CDU/CSU)
- Hat das Bundesamt für den Zivildienst eine derart unzureichende Vorausschau auf die Zahl der zum Einsatz kommenden Zivildienstleistenden und deren Einsatzmöglichkeit, daß das Amt anerkannte Beschäftigungsstellen noch im Herbst 1978 gedrängt hat, eine große Anzahl von Zivildienstleistenden zusätzlich aufzunehmen, während es dann schon im Frühjahr 1979 sogar die bis dahin beschäftigt gewesene Zahl nicht mehr zuweisen konnte, und wenn ja, warum?
87. Abgeordneter
Dr. Freiherr
Spies von
Büllesheim
(CDU/CSU)
- Ist es richtig, daß das Bundesamt Beschäftigungsstellen aufgefordert hat, selbst um Zivildienstleistende zu werben und ihnen anheim stellt, sich dazu vorbereitend die Anschriften von Kriegsdienstverweigerern örtlich bei Gemeinden, Pfarrämtern und Schulen zu beschaffen, und wenn ja, wird diese Praxis gebilligt oder sogar als Zeichen guter Arbeit des Bundesamts gewertet?
88. Abgeordneter
Dr. Hammans
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, zur Kostensenkung in den Krankenhäusern eine Initiative zur „vorbeugenden“ Wartung, Organisation der technischen Überwachung medizinischer Geräte und Schulung des Personals zu ergreifen (vgl. die diesbezüglichen Vorschläge in der Krankenhausumschau 2/79 von Privatdozent Dr. Kienle) und den § 36 der Richtlinie 0750 des Vereins deutscher Elektrotechniker entsprechend zu ändern?
89. Abgeordneter
Hasinger
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß Bundesminister Dr. Ehrenberg erklärt hat, die Privilegierung derer, die eine Betriebsrente erhalten, können nicht ewig hingenommen werden, weil andere keine bezögen (vgl. Rheinische Post vom 10. Februar 1979), und welche Maßnahmen gegen die Bezieher von Betriebsrenten sind gegebenenfalls seitens der Bundesregierung geplant?

90. Abgeordneter
Urbaniak
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die Gefährdung von Personen in Diskotheken durch überlaute Musik im Verhältnis zur Lärmgefährdung in der Industrie, und welche Maßnahmen gesetzgeberischer und anderer Art hält die Bundesregierung für erforderlich, um der Gesundheitsgefährdung von Personen durch Diskothekenlärm zu begegnen?
91. Abgeordneter
Dr. Hammans
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, welche Zustimmung der Richtlinienentwurf des Bundesausschusses der Ärzte und Krankenkassen durch die nach § 368 p Abs. 8 RVO am 19. März 1978 angehörten Verbände im einzelnen gefunden hat, und ist die Bundesregierung bereit, auf den Bundesausschuß der Ärzte und Krankenkassen dahin gehend einzuwirken, daß über die Richtlinien Maßnahmen zur Einschränkung des Massenmißbrauchs von Psychopharmaka und Lipidsenkern bei Gesunden sowie der nichtrationalen Anwendung von Antibiotika, Herzglykosiden und oralen Antidiabetika ergriffen werden?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Raumordnung, Bauwesen und Städtebau**

92. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Münster)
(CDU/CSU) Beabsichtigt die Bundesregierung, noch in dieser Legislaturperiode eine Novellierung des Wohngeldgesetzes im Deutschen Bundestag einzubringen, und wenn ja, mit welcher Zielsetzung?
93. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Münster)
(CDU/CSU) Wie hoch sind gegebenenfalls die Kosten der beabsichtigten Novellierung des Wohngeldgesetzes zu veranschlagen, und ist über die Novellierung bereits mit den Ländern gesprochen worden?
94. Abgeordneter
Gobrecht
(SPD) Welche Gründe sind für die Bundesregierung maßgeblich dafür, daß bei der Wohngeldberechnung für Rentner der steuerliche Werbungskostenpauschbetrag von 200 DM nicht anerkannt wird, während bei Arbeitnehmern der Pauschbetrag von 564 DM Berücksichtigung findet?

**B. Schriftliche Fragen gemäß IV. der Richtlinien
sowie Fragen gemäß I. der Richtlinien, um deren
schriftliche Beantwortung bis zur Drucklegung
gebeten wurde**

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und
des Bundeskanzleramtes**

- | | |
|---|--|
| 1. Abgeordneter
Dr. Möller
(CDU/CSU) | Welche Mängel des neuen Gebäudes und welche diesbezüglichen Klagen der Mitarbeiter hat die Fragebogenaktion des Personalrats beim Bundeskanzleramt ergeben, und auf welche Ursachen sind sie zurückzuführen? |
|---|--|

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

- | | |
|---|--|
| 2. Abgeordneter
Dr. Stercken
(CDU/CSU) | Welche Bedeutung mißt die Bundesregierung der Tatsache bei, daß der auch vom Deutschlandfunk getragene Versuch eines Europäischen Rundfunks vorerst gescheitert ist, und sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, ein solches Projekt durch Verabredungen zwischen den europäischen Regierungen zu fördern? |
| 3. Abgeordneter
Dr. Schmitt-Vockenhausen
(SPD) | Welches Arbeitsergebnis hat die gemeinsame deutsch-mexikanische wissenschaftlich-technologische Kommission bisher vorgelegt, und wie ist der Stand der Bildung einer deutsch-mexikanischen Wirtschaftskommission? |
| 4. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU) | Ist die Bundesregierung nicht der Meinung, daß ein öffentliches Interesse daran besteht, zu erfahren, wie der deutsche Regierungschef den ungewöhnlichen Brief des sowjetischen Parteichefs, Breschnew, vom vergangenen Herbst bezüglich Waffenlieferungen an China vor kurzem beantwortet hat, und aus welchen Gründen hat der Bundeskanzler diesem Informationsbedürfnis bisher nicht entsprochen? |
| 5. Abgeordneter
Lintner
(CDU/CSU) | War ein offizieller Vertreter der Bundesregierung bei der mündlichen Anhörung der DDR im UNO-Menschenrechtsausschuß in Genf anwesend? |
| 6. Abgeordneter
Lintner
(CDU/CSU) | Hat die Bundesregierung Schritte zur Richtigstellung des schriftlichen Berichts der DDR an den UNO-Menschenrechtsausschuß unternommen, soweit dieser Bericht wahrheitswidrige Angaben enthält? |
| 7. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD) | Trifft es zu, daß die Bundesrepublik Deutschland beim Export von Plutonium (z. B. in Brennelementen), das in Frankreich wieder aufgearbeitet wurde, mit der französischen Regierung Konsultationen führen bzw. deren Zustimmung einholen muß? |

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

- | | |
|---|--|
| 8. Abgeordneter
Dr. Stercken
(CDU/CSU) | Tritt es zu, daß für die deutschen Beamten des Bundes, die ihren ersten Wohnsitz im grenznahen Bereich eines Nachbarstaats der Europäischen Gemeinschaft haben, die aber in der Bundesrepublik Deutschland arbeiten, im Fall einer Notaufnahme |
|---|--|

- in einem dortigen Krankenhaus nicht eine Beihilfe zu vergleichbaren Bedingungen gewährt wird, und wenn ja, aus welchen Gründen wird die Beihilfe verweigert?
9. Abgeordneter
Dr. Hammans
(CDU/CSU)
- Bestehen seitens der Bundesregierung Kenntnisse über die Beeinflussung von biologischen Kläranlagen durch hohe Kochsalzkonzentrationen, wie sie bei der Schnee- und Eisbeseitigung entstehen, und wenn ja, werden diese Kenntnisse beim künftigen Vollzug des Abwasserabgabengesetzes bei der Festlegung der Schadeinheiten berücksichtigt und finden sie auch wie bei der Begrenzung der CSB (chem. Sauerstoffbedarf) und bei der BSB (biolog. Sauerstoffbedarf) für die Klärleistung der Kläranlagen nach der ersten allgemeinen Verwaltungsvorschrift über Mindestanforderungen an das Einleiten von Schmutzwasser in Gemeinden in Gewässer Anwendung?
10. Abgeordneter
Schröder
(Lüneburg)
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung Einfluß auf die Auswahl der wissenschaftlichen Diskussionsrunde zur Beratung der niedersächsischen Landesregierung zur Entscheidungsfindung über das nukleare Entsorgungszentrum Gorleben genommen, und wenn ja, in welcher Weise?
11. Abgeordnete
Frau Hoffmann
(Hoya)
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, wieviel Arbeitsplätze im Bereich der Bundesministerien und Behörden des Bundes als Teilzeitarbeitsplätze für Frauen ausgewiesen sind?
12. Abgeordnete
Frau Hoffmann
(Hoya)
(CDU/CSU)
- Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, um solche Arbeitsplätze in ihrem Einflußbereich in verstärktem Maße bereitzustellen?
13. Abgeordneter
Dr. Schmitt-Vockenhausen
(SPD)
- Sieht die Bundesregierung in dem Vorschlag des Mannheimer Sprachwissenschaftlers Wolfgang Mentrup zur Schaffung eines einfachen Regelwerks einen geeigneten Vorschlag, die Bemühungen um die Rechtschreibreform weiterzubringen und zu beschleunigen, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?
14. Abgeordneter
Neumann
(Bramsche)
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, ob es zutrifft, daß Angehörige der türkischen Organisation „Graue Wölfe“ jeden Sonntag türkische Kinder unterrichten und zum Haß gegen Deutsche aufrufen (vgl. „Die Welt“ vom 11. März 1979), und was kann und will die Bundesregierung unternehmen, falls diese Tatsachen bestätigt werden?
15. Abgeordnete
Frau Dr. Lepsius
(SPD)
- Wann ist mit einer Überprüfung der nach § 4 Abs. 3 des Fluglärmsgesetzes vorgesehenen Lärmschutzbereiche für den militärischen Flugplatz Söllingen zu rechnen, und sind hieraus Auswirkungen auf eine Neufestsetzung der Lärmschutzbereiche zu erwarten?
16. Abgeordnete
Frau Dr. Lepsius
(SPD)
- Liegen schon jetzt Ergebnisse aus den Modellvorhaben im Lärmschutzbereich über Möglichkeiten verschiedener Schalleindämmung an vorhandenen und neuen Gebäuden vor, und wenn ja, welche?

17. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß nach einem Beschluß des polnischen Ministerrats Hochschulabsolventen unter den deutschen Aussiedlern die Kosten der Ausbildung als Rückführungskosten zurückerstatten müssen, und in welcher Weise ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, im Rahmen ihrer Möglichkeiten die Erstattungsfähigkeit dieser und ähnlicher Auslösungszahlungen anzuerkennen und die Betroffenen nicht auf eine Darlehnsaufnahme zu verweisen?
18. Abgeordneter
Regenspurger
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, daß hinsichtlich des Abschlusses von Direktversicherungen für Angestellte und Arbeiter im öffentlichen Dienst von allen Ländern und allen Gemeinden nach den Grundsätzen verfahren wird, die in der Antwort auf die Frage B 27 der Drucksache 8/1689 dargelegt sind, und wäre die Bundesregierung, wenn sie diese Bestätigung nicht abgeben kann, bereit, ihre Haltung zu dieser Frage aus Gründen der Gleichbehandlung zu überprüfen?
19. Abgeordneter
Dr. Langguth
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, die Protokolle der Bundeskabinette aus einer mehr als 30 Jahre zurückliegenden Zeit der Öffentlichkeit zugänglich zu machen — wodurch ein wesentlicher Beitrag zur zeitgeschichtlichen Forschung geleistet werden könnte —, und wenn nein, welche Gründe stehen der Benutzung dieses Schriftguts entgegen?
20. Abgeordneter
Dr. Langguth
(CDU/CSU)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, die durch die damalige Reichsregierung im Jahr 1927 beschlossene 30Jahresfrist für die Zugänglichmachung amtlichen Schriftguts, die in der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien bestätigt worden ist, zu verändern?
21. Abgeordneter
Dr. Langguth
(CDU/CSU)
- Wird das in Berlin beheimatete „Document Center“ nach der Übergabe aus amerikanischen Händen eine Außenstelle des Bundesarchivs, oder gibt es Ersatzlösungen, die das „Document Center“ einer anderen Bundesbehörde in Berlin unterstellen sollen, und falls ja, welche Gründe wären für eine solche Entscheidung maßgebend?
22. Abgeordneter
Dr. Langguth
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß das Bundesarchiv verstärkt Ausstellungen über historische Bewegungen und Episoden des 19. und 20. Jahrhunderts im Interesse einer Objektivierung des Geschichtsbilds durchführen sollte, und wenn ja, wieviel Planstellen für Beamte und Stellen für Angestellte und Arbeiter sowie Sachmittel in welcher Höhe stehen dem Bundesarchiv für die Durchführung dieser Aufgaben im Haushalt 1979 und in der mittelfristigen Finanzplanung des Bundes zur Verfügung?
23. Abgeordneter
Gerstein
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung das Recycling-Verfahren einer Schweizer Firma bekannt, mit welchem nach eigenen Angaben der Firma die Herstellung von Papier möglich ist, ohne Gewässerbelastung im geschlossenen Wasserkreislauf, ohne Entfärbung, Bleichung oder Färbung, wobei die Einsparung an Holz, Wasser und Energie beträchtlich sein soll, und wenn ja, welche Folgerungen kann die Bundesregierung daraus innerhalb des Rahmens ihrer Zuständigkeit für die Bundesrepublik Deutschland ziehen?

- | | |
|--|---|
| 24. Abgeordneter
Gerstein
(CDU/CSU) | Ist der Bundesregierung bekannt, inwieweit durch die in der Bundesrepublik Deutschland angewandten Verfahren zur Herstellung von Papier aus Altpapier wirklich eine Verringerung der Umweltbelastung im Vergleich zu den Verfahren der normalen Papierherstellung erfolgt, und wenn ja, wie lauten die entsprechenden Erkenntnisse? |
| 25. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD) | Welche Projekte zur Humanisierung des Arbeitslebens von Polizisten im Schichtdienst fördert die Bundesregierung, und gibt es Modellprojekte zur Wiederverwendung von älteren Polizeibeamten, die keinen Schichtdienst mehr leisten können, in anderen Berufszweigen? |
| 26. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD) | Wie werden die Bundespolizei- bzw. Bundesgrenzschutzkräfte auf ihren Einsatz in Gorleben vorbereitet, und nach welchen Kriterien werden sie abkommandiert? |
| 27. Abgeordneter
Schröder
(Lüneburg)
(CDU/CSU) | Welche wissenschaftlichen Erkenntnisse liegen der Bundesregierung vor, demzufolge eine Zwischenlagerung abgebrannter Brennelemente in Wasserbecken über einen Zeitraum von bis zu 20 Jahren möglich ist? |
| 28. Abgeordneter
Schröder
(Lüneburg)
(CDU/CSU) | Welche Schlußfolgerungen könnte und wird gegebenenfalls die Bundesregierung im Hinblick auf das von ihr vorgelegte integrierte Entsorgungskonzept aus diesen wissenschaftlichen Erkenntnissen ziehen? |

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

- | | |
|---|--|
| 29. Abgeordneter
Dr. Schmitt-Vockenhausen
(SPD) | Sieht die Bundesregierung den Schutz geographischer Herkunftsangaben von Waren als ausreichend gesichert an, und wenn nein, welche Möglichkeiten sieht sie, für einen besseren Schutz dieser ortsbezogenen Warennamen zu sorgen? |
| 30. Abgeordneter
Kretkowski
(SPD) | Aus welchem Grund ist die Bundesrepublik Deutschland der Konvention der Vereinten Nationen vom 26. November 1968 zur Unverjährbarkeit der Kriegsverbrechen und der Verbrechen gegen die Menschlichkeit noch nicht beigetreten, und wann beabsichtigt sie es zu tun? |
| 31. Abgeordneter
Conrad
(Riegelsberg)
(CDU/CSU) | Wie beurteilt die Bundesregierung die in Rechtskreisen vertretene Auffassung, den Vereinen der Fußballbundesliga die Rechtsfähigkeit nach den §§ 43, 44 BGB aus dem Gesichtspunkt abzusprechen, daß diese Vereine mit Millionenetats und unter Umständen entsprechenden Schuldenbergen praktisch Erwerbsbetriebe darstellen würden, und sieht sie in diesem Zusammenhang einen Anlaß, eine Änderung oder Ergänzung des geltenden Rechts in Erwägung zu ziehen? |
| 32. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU) | Ist die Bundesregierung bereit, eine Initiative mit dem Ziele zu ergreifen, den Justizwachmeistern zum Ausgleich ihrer Erschwernisse im Vorführ-, Sitzungs-, Sicherungs- und Ordnungsdienst eine Erschwerniszulage zu gewähren? |

33. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU) Wenn ja, ab wann und in welcher Höhe wird diese Erschwerniszulage voraussichtlich gezahlt werden können?
34. Abgeordneter
Dr. Wittmann
(München)
(CDU/CSU) Wie sind derzeit die Beteiligungsverhältnisse am Verlag „Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH“ und am „Bundesverlag“ gestaltet, und wie hoch sind derzeit die Gewinnausschüttungen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

35. Abgeordnete
Frau Funcke
(FDP) Ist die Bundesregierung bereit, sich angesichts der Tatsache, daß Banküberweisungen heute länger dauern als früher, bei den Ländern dafür einzusetzen, daß die Schonfrist für geringfügige Terminüberschreitungen bei Steuerzahlungen, die ganz oder zum Teil dem Bund zufließen, verlängert wird, um Mahngebühren und Säumniszuschläge bei unverschuldeter Verzögerung von Überweisungen zu verhindern?
36. Abgeordneter
Lattmann
(SPD) Ist der Bundesregierung bewußt, daß für Künstler und Schriftsteller im Bereich der Einkommensteuer die Benachteiligung besteht, daß Urheber, die bei geringem Einkommen während mehrerer Jahre an einem größeren Werk arbeiten und bei dessen Fertigstellung in einem Steuerjahr zu einer Spitzeneinnahme kommen, den Ertrag in der Regel nicht steuerlich über mehrere Jahre aufteilen können, obwohl sie mehrere Jahre davon leben müssen, und ist die Bundesregierung bereit, dieser mit anderen Berufsgruppen unvergleichbaren Gegebenheit der künstlerischen Berufe in der Weise Rechnung zu tragen, daß sie die Einkommensteueraufteilung bis zu drei Jahre durch Gesetz oder Verordnung regelt?
37. Abgeordneter
Kolb
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung erklären, weshalb sie in ihrer Antwort auf meine Frage A 25 (Drucksache 8/2561) als Gesamtzuschlag zu den Bruttolohnkosten nur 25,2 v. H. rechnet, während generell 65 v. H. bis 75 v. H. kalkulatorisch zugerechnet werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

38. Abgeordneter
Dr. Stercken
(CDU/CSU) Wie kann die Bundesregierung im Einvernehmen mit der Europäischen Gemeinschaft im Rahmen des Abkommens gewährleisten, daß die mit dem Kauf von Waren verbundenen Garantien in allen Ländern der Gemeinschaft und damit auch in der Bundesrepublik Deutschland in Anspruch genommen werden können?
39. Abgeordneter
Dr. Schwörer
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß führende Vertreter der deutschen Automobilindustrie mit einer baldigen Abschwächung der Autokonjunktur rechnen, da sie hauptsächlich vom Inlandsmarkt getragen ist und im Export Rückgänge hinzunehmen hat, und was kann die Bundesregierung tun, um die Exportbemühungen der Automobilindustrie zu unterstützen?

40. Abgeordneter
Dr. Schwörer
(CDU/CSU) Wie steht es um die angekündigten Pläne einer Verbesserung des Exportgarantiesystems, besonders hinsichtlich der Höhe und der leichteren Handhabung von Ausfuhrbürgschaften, und haben die Verhandlungen mit den großen Exporteuren, besonders Japan, Frankreich, USA, zur Harmonisierung der Garantiesysteme geführt?
41. Abgeordneter
Dr. Schwörer
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, ob – wie in diesen Tagen in den Wirtschaftszeitungen gemeldet – der deutsche industrielle Anlagenbestand sowohl an Gebäuden als auch an Maschinen eine bedrohliche Veralterung aufweist, und sieht sich die Bundesregierung gegebenenfalls dadurch veranlaßt, sich ernsthaft Gedanken darüber zu machen, wie die für die Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit so wichtigen Investitionen besser gefördert werden könnten?
42. Abgeordneter
Dr. Schwörer
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß – obwohl im Jahr 1978 die Investitionstätigkeit angestiegen ist – die verbleibende Investitionslücke der 70er Jahre durch erhöhte Investitionen geschlossen werden sollte, die wohl jetzt bereits wieder durch steigende Zinsen schwieriger werden, und müßten deshalb nicht zusätzliche steuerliche Maßnahmen ergriffen werden, um die Investitionsfähigkeit der Unternehmen zu verbessern?
43. Abgeordneter
Dr. Spöri
(SPD) Welche Anstrengungen wird die Bundesregierung angesichts der absehbaren Rohölverknappung im Benehmen mit den Landesregierungen unternehmen, um den vorhandenen Anteil der Ölkraftwerke an der Stromerzeugung in der Bundesrepublik Deutschland mit Hilfe der Substitution durch zusätzliche Kohleverstromung deutlich zu senken?
44. Abgeordneter
Dr. Spöri
(SPD) Ist die Bundesrepublik Deutschland für eine nationale Ölkontingentierung für den Fall vorbereitet, daß ab einem 7-Prozent-Öldefizit die Internationale Energieagentur (IEA) die Ölverteilung international steuert und nach einer Aussage des ESSO-Vorstandsvorsitzenden Öhme (Spiegel vom 19. März) die nationale Ölverteilung dann zwangsläufig auch kontingentiert werden muß?
45. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, wieviel Kernkraftwerke in den einzelnen Nachbarländern der Bundesrepublik Deutschland seit 1975 in Auftrag gegeben worden sind, und wieviel waren dies im gleichen Zeitraum in der Bundesrepublik Deutschland?
46. Abgeordneter
Dr. Riesenhuber
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung ihre politischen Zielsetzungen in der Zweiten Fortschreibung des Energieprogramms (Drucksache 8/1357, 4) und hier insbesondere die von ihr genannten Ziele, den Mineralölanteil an der Energieversorgung zurückzudrängen bzw. die deutsche Stein- und Braunkohle vorrangig zu nutzen, im Hinblick auf die gegenwärtige Situation bei der Energieversorgung der Bundesrepublik Deutschland und die Feststellung, daß für die Bereiche Kohle, Kernenergie und Verringerung des Mineralölanteils Ziele der Bundesregierung nicht verwirklicht wurden?

47. Abgeordneter **Dr. Riesenhuber** (CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung unter den angeführten Umständen heute insbesondere ihre Zielsetzung, die Kernenergie in dem zur Sicherung der Stromversorgung unerläßlichen Ausmaß unter Beachtung des Vorrangs der Sicherheit der Bevölkerung auszubauen?
48. Abgeordneter **Schröder** (Lüneburg) (CDU/CSU) In welcher Höhe wird der Bundeshaushalt (1979 und folgende Jahre) Mittel für die geplanten internationalen Rohstofffonds aufzubringen haben?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

49. Abgeordneter **Paintner** (FDP) Welche konkreten Empfehlungen zur Energieeinsparung auf dem landwirtschaftlichen Sektor hat die Bundesregierung in den letzten Jahren erarbeiten lassen, und wie haben sie sich in der Praxis bewährt?
50. Abgeordneter **Paintner** (FDP) Welche Forschungsvorhaben laufen gegenwärtig im Hinblick auf Energieeinsparungsmöglichkeiten in der Landwirtschaft, und wann ist mit brauchbaren Ergebnissen zu rechnen?
51. Abgeordneter **Dr. Ahrens** (SPD) Beabsichtigt die Kommission der Europäischen Gemeinschaften, die Einfuhr von Äpfeln aus Übersee zu begrenzen, und wie stellt sich die Bundesregierung gegebenenfalls zu einer solchen Maßnahme?
52. Abgeordneter **Dr. Ahrens** (SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, wie hoch gegenwärtig die Lagerbestände an Äpfeln in der Bundesrepublik Deutschland sowie in den anderen Mitgliedstaaten der EG sind und ob auch in diesem Jahr wieder mit einer Vernichtung von Äpfeln zu rechnen ist?
53. Abgeordneter **Peters** (Poppenbüll) (FDP) Sieht die Bundesregierung es im Zusammenhang mit den Fischereiaussichten in der Ostsee als erforderlich an, noch mehrere Jahre eine Stilllegungsprämie zu zahlen, weil anderenfalls alle Ostseefischer entweder ihren Beruf sofort aufgeben und auf Kosten des Staats umgeschult werden müßten, und wenn nein, welche Gründe hat die Bundesregierung für ihre Auffassung?
54. Abgeordneter **Peters** (Poppenbüll) (FDP) Hält die Bundesregierung an ihrer Haltung fest, wonach bilaterale Verhandlungen über Fangzonen und -beschränkungen in der Ostsee der deutschen Sache abträglich wären, und warum hält die Bundesregierung — im Gegensatz zur schleswig-holsteinischen Landesregierung — direkte Verhandlungen mit dem Ostblock für nicht möglich?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

55. Abgeordneter **Müller** (Berlin) (CDU/CSU) Kann die Bundesregierung jetzt Angaben machen über den jeweiligen durchschnittlichen Grundlohn bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse und den einzelnen Betriebs- und Innungskrankenkassen in Berlin im Jahr 1978, wenn nein, wie hoch waren diese im Jahr 1977, und in welchem Verhältnis standen diese zu den jeweilig vergleichbaren durchschnittlichen Grundlöhnen im übrigen Bundesgebiet?

56. Abgeordneter
Müller
(Berlin)
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung die Absicht, die Vorschriften des § 296 RVO über die Haftung für Fehlbeträge bei Vereinigung, Auflösung oder Schließung von Betriebs- oder Innungskrankenkassen zu ändern oder zu ergänzen, und – falls ja – inwieweit sollen diese geändert oder ergänzt werden?
57. Abgeordneter
Müller
(Berlin)
(CDU/CSU)
- Bis wann etwa bzw. bei welcher Gelegenheit wird die Bundesregierung – falls sie die Absicht hat – ihre entsprechenden Vorschläge dem Gesetzgeber vorlegen?
58. Abgeordneter
Burger
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, in ihrem Verantwortungsbereich auf die Renten- und Versorgungsstellen insoweit einzuwirken, daß Rentner- und Pensionärsbescheinigungen auch in der Form ausgestellt werden, daß Ehefrauen von Rentnern und Pensionären, die selbst keine Leistungen erhalten, ebenfalls in den Genuß von Vergünstigungen kommen können, die für diesen Personenkreis gelten?
59. Abgeordneter
Zink
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß das Bundessozialgericht dahin gehend entschieden hat, daß der Weg von der Wohnung zur Schule bei Vornahme eines Einschulungstests oder einer gesundheitlichen Untersuchung nicht im bestehenden Unfallversicherungsschutz für Schulkinder enthalten ist, und wenn ja, beabsichtigt die Bundesregierung, zu diesem Komplex eine Gesetzesänderung vorzulegen?
60. Abgeordneter
Wimmer
(Mönchengladbach)
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß der Bundesausschuß nach § 368 p RVO eine Liste der Arzneimittel erstellt, die nach den Kriterien „Laienwerbung“ und „Geringfügige Gesundheitsstörung“ diejenigen Arzneimittel aufführt, die von den Ärzten nicht mehr verschrieben werden dürfen?
61. Abgeordneter
Wimmer
(Mönchengladbach)
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, diesen Richtlinien zuzustimmen, obwohl die Ärzteschaft dargelegt hat, daß dieses Verfahren die ärztliche Verschreibungsfreiheit beeinträchtigt, die Entwicklung leichter Krankheiten zu schweren und die Verschreibung von teuren Medikamenten befürchten läßt, da den Patienten nicht zuzumuten ist, auf Grund der von ihnen gezahlten Versicherungsbeiträge und des ohnehin erhobenen Arzneimittelkostenanteils von 1 DM, ihre Medikamente in Zukunft teilweise selber zahlen zu müssen?
62. Abgeordneter
Wimmer
(Mönchengladbach)
(CDU/CSU)
- Schließt sich die Bundesregierung einer Beurteilung an, nach der es sich bei diesem Vorschlag um eine sozialpolitische Ungerechtigkeit handelt, die eine erneute Kostensteigerung im Gesundheitswesen durch teurere, aber verschreibungsfähige, Medikamente bedingt?
63. Abgeordneter
Prinz zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein
(CDU/CSU)
- Welche Forschungsvorhaben zur Ermittlung der mittel- und langfristigen Einschätzung des Bedarfs an Ärzten und in den medizinischen Assistenz- und Pflegeberufen sind in dem Zeitraum von 1969 bis heute im Auftrag der Bundesregierung erstellt worden?
64. Abgeordneter
Prinz zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein
(CDU/CSU)
- Welche Ergebnisse haben die genannten Forschungsvorhaben gehabt, und welche Kosten haben sie verursacht?

65. Abgeordneter
**Prinz zu Sayn-
Wittgenstein-
Hohenstein**
(CDU/CSU) Welche Gründe liegen der Empfehlung der „Konzertierten Aktion im Gesundheitswesen“ bzw. der Ausschreibung durch den federführenden Bundesarbeitsminister für ein erneutes Forschungsvorhaben mit den o. g. Fragestellungen zugrunde?
66. Abgeordneter
Dr. Hammans
(CDU/CSU) Wie gedenkt die Bundesregierung die finanziellen Ausgaben für die Transparenzkommission zu rechtfertigen, da für die Kassenärzte nur die Preisvergleichsliste verbindlich ist und die Transparenzliste Herzmuskelinsuffizienz von den Krankenkassen und den Kassenärztlichen Vereinigungen noch nicht einmal zur unverbindlichen Kenntnisnahme zur Verfügung gestellt worden ist, und wie gedenkt die Bundesregierung sich mit dem beziehungslosen Nebeneinander der verbindlichen Preisvergleichsliste ohne pharmakologisch-therapeutische Transparenz und der unverbindlichen aber qualitativ aussagefähigen Transparenzliste auseinander zu setzen?
67. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU) Für wie viele Arbeitnehmer ist in Schleswig-Holstein Kurzarbeitergeld als Ausgleich von Verdienstausschlägen während der Schneekatastrophen gewährt worden?
68. Abgeordneter
Dr. Kreile
(CDU/CSU) Auf welchen Betrag ist der Barwert der Versorgungsverpflichtungen zu beziffern, mit denen die privaten Arbeitgeber, die direkte Versorgungszusagen gegeben haben, und die Pensions- und Unterstützungskassen dadurch zusätzlich belastet werden, daß mit dem 21. Rentenanpassungsgesetz (RAG) das Rentenniveau sowohl für laufende Renten als auch für Anwartschaften abgesenkt worden ist und daß dies in den Fällen, in denen die Sozialversicherungsrenten auf die betriebliche Altersversorgung angerechnet werden, zu einer entsprechenden Erhöhung sowohl der laufenden betrieblichen Renten als auch der betrieblichen Versorgungsanwartschaften führt?
69. Abgeordneter
Dr. Kreile
(CDU/CSU) Von welchen Schätzungsgrundlagen ist die Bundesregierung bei der Beantwortung der Frage 68 ausgegangen?
70. Abgeordneter
Glos
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, § 1259 RVO dahin gehend zu ergänzen, daß Härtefälle, weitgehend Kriegs-, Internierungs- und Vertreibungsschäden, also z. B. unverschuldetes Abbrechen des Studiums, nicht zur Ablehnung für Ausfallzeiten führen, insbesondere dann, wenn dem Staat durch den Versicherten anderweitige Ausgaben erspart blieben, und bei Ablehnung dem Versicherten die Möglichkeit zu öffnen, für diese Zeit entsprechende Nachzahlungen rückwirkend zu leisten und diese auch für den Ausfallzeitraum anzuerkennen?
71. Abgeordneter
Glos
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, die RVO auch dahin gehend abzuändern, daß erst später abgelegte Prüfungen oder Leistungen, welche die seinerzeitige Abschlußprüfung ersetzen können, als Abschluß des begonnenen Studiums anerkannt werden?

72. Abgeordneter
Seiters
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, insbesondere angesichts der Lage in den strukturschwachen und von besonderer Arbeitslosigkeit betroffenen Gebieten, die vorgesehene Änderung des § 94 des Arbeitsförderungsgesetzes zugunsten der bisherigen Förderung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen fallen zu lassen, und wie ist die Haltung der Bundesregierung zu dieser Frage im einzelnen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

73. Abgeordneter
Weiskirch
(Olpe)
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß das Waffensystem „Gepard“ zur Zeit nicht einsatzbereit ist, weil das Schmiermittel für die MK 35 nicht verfügbar ist?
74. Abgeordneter
Weiskirch
(Olpe)
(CDU/CSU)
- Warum ist gegebenenfalls eine frühzeitige Herstellung bzw. Beschaffung nicht eingeleitet worden?
75. Abgeordneter
Weiskirch
(Olpe)
(CDU/CSU)
- Zu welchem Zeitpunkt wird es möglich sein, die volle Einsatzbereitschaft des Waffensystems wiederherzustellen?
76. Abgeordneter
Biehle
(CDU/CSU)
- Welche Truppenbesuche wurden in der allgemeinen Acht-Wochen-Sperre für Politiker vor Wahlen durch Mitglieder der Bundesregierung in Garnisonen im Bundesland Rheinland-Pfalz vor dem 18. März 1979 durchgeführt?
77. Abgeordneter
Berger
(Lahnstein)
(CDU/CSU)
- Ist es zutreffend, daß nach einem Erlaß des Bundesverteidigungsministers vom 12. Dezember 1978 den Wirtschaftstruppenteilen zukünftig am Monatsende eventuelle Ersparnisse in der Verpflegungswirtschaft, wie sie zum Beispiel durch partiellen Verzicht an der Verpflegungsteilnahme entstehen können, zum Nachteil der Verpflegungsteilnehmer abgeschöpft werden sollen, statt sie wie bisher den Verpflegungskonten zur Vorsorge für besondere Aufwendungen oder saisonalen Teuerungsausgleich zu belassen?
78. Abgeordneter
Berger
(Lahnstein)
(CDU/CSU)
- Ist gegebenenfalls dieser Versuch, bei dem Verpflegungstitel 14 10 des Verteidigungshaushalts auch Einnahmen zu erzielen, als ein Ausgleich für den Verzicht auf den „Personal- und Sachkostenbeitrag der Truppenverpflegung“ zu werten, der von November 1977 bis Dezember 1978 im Geschäftsbereich des Bundesverteidigungsministeriums als einzigem Bundesressort erhoben worden ist?
79. Abgeordneter
Möller
(FDP)
- Sieht die Bundesregierung in der Beschäftigung eines 58 Jahre alten ehemaligen DKP-Mitglieds an der Spülmaschine einer Kantine für Zivilbedienstete der Bundeswehr für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland Gefahren, und wenn ja, welche, und ist sie der Ansicht, daß die Entlassung einer Frau, auf die die genannten Voraussetzungen zutreffen, mit den kürzlich von ihr beschlossenen Grundsätzen zur Beschäftigung im öffentlichen Dienst in Einklang zu bringen ist?

- | | |
|---|---|
| 80. Abgeordneter
Möllemann
(FDP) | Hat die Bundesregierung die Absicht, auf Grund der von der Standortverwaltung München jetzt gemachten Erfahrungen künftig auch das Personal von Gaststätten, in denen vorzugsweise Soldaten der Bundeswehr verkehren, einer Sicherheitsüberprüfung unterziehen zu lassen? |
| 81. Abgeordneter
Peter
(SPD) | Welche Auswirkungen haben die Realisierung des zur Zeit gültigen Sanitätskonzepts der Bundeswehr und der geplanten Heeresstruktur im Saarland? |
| 82. Abgeordneter
Dr. Schöfberger
(SPD) | Trifft es zu, daß im Fliegerhorst Kaufbeuren (vgl. Beschluß des Truppendienstgerichts Süd vom 31. Januar 1979 — AZ: S 4 — Lb 33/78) und in anderen Kasernen der Bundeswehr die im Verfassungsschutzbericht 1977 der Bundesregierung (Seite 39) als „rechtsextremistische Wochenzeitung“ eingestufte Deutsche Nationalzeitung des „rechtsextremistischen Zeitungsverlegers Dr. Frey“ verkauft wird, und was gedenkt die Bundesregierung gegen den Verkauf dieser Zeitung auf Bundeswehrgelände zu unternehmen? |
| 83. Abgeordneter
Dr. Freiherr
Spies von
Büllesheim
(CDU/CSU) | Wird die Stationierung des AWACS-Frühwarnsystems auf dem Flugplatz Teveren Geilenkirchen die in Anspruchnahme von landwirtschaftlichen Flächen im Gebiet der Stadt Heinsberg oder im Gebiet des Kreises Heinsberg zusätzlich zu dem vorhandenen im Bundeseigentum befindlichen Flugplatzgelände entgegen den bisher dazu erteilten Auskünften erforderlich machen? |
| 84. Abgeordneter
Berger
(Lahnstein)
(CDU/CSU) | Hat der Kommandeur der 12. Panzerdivision der Bundeswehr, Generalmajor Bastian, auf einer Veranstaltung der Jungsozialisten in Bad Mergetheim gesagt, „Ich begrüße die Abrüstungsvorschläge des SPD-Fraktionsvorsitzenden Herbert Wehner und bin mit ihm der Meinung, daß die Rüstung der Sowjetunion nicht offensiv sondern defensiv ist“, und teilt die Bundesregierung gegebenenfalls diese Auffassung? |

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

- | | |
|--|---|
| 85. Abgeordneter
Dr. Riedl
(München)
(CDU/CSU) | Was tut die Bundesregierung, um zu verhindern, daß, wie im Gebiet um München oder im Neckargebiet, Felder mit Klärschlamm aus Bundeswasserstraßen gedüngt werden, der gesundheitlich bedenkliche Stoffe (z. B. Cadmium) enthält, und durch welche Maßnahmen innerhalb des Verantwortungsbereichs der Bundesregierung kann wirksam verhindert werden, daß auf so vergifteten Böden Lebensmittel gewonnen werden? |
| 86. Abgeordneter
Dr. Riedl
(München)
(CDU/CSU) | Wie beurteilt die Bundesregierung Forschungsergebnisse, wonach die gesundheitlich duldbare Belastung des Menschen mit Cadmium nahezu ausgeschöpft sein soll, und welche Konsequenzen zieht sie daraus? |

87. Abgeordneter
Dr. Riedl
(München)
(CDU/CSU)
- Geben die bestehenden Rechtsvorschriften oder Richtlinien des Bundes eine ausreichende Handhabe, um das Inverkehrbringen von Lebensmitteln mit überhöhten Gehalten an Schwermetallen, insbesondere Cadmium, zu verhindern, und tragen diese Vorschriften auch den Gefahren Rechnung, die durch möglicherweise wiederholte und längerfristige Belastungen mit Cadmium über Umwelt und Lebensmittel kumulierend auf den Menschen einwirken?
88. Abgeordneter
Dr. Riedl
(München)
(CDU/CSU)
- Hält es die Bundesregierung für möglich, daß abgesehen von dem Gebiet um München und am Neckar auch in anderen Gebieten landwirtschaftlich genutzte Flächen mit Baggergut aus Bundeswasserstraßen oder aus anderen Quellen gedüngt worden sind, das durch Schwermetalle, insbesondere Cadmium, verseucht ist?
89. Abgeordnete
Frau
Dr. Neumeister
(CDU/CSU)
- Welche Forschungsprojekte sind im Rahmen des Forschungsprogramms der Bundesregierung zur Förderung und Entwicklung im Dienste der Gesundheit bereits vergeben worden?
90. Abgeordnete
Frau
Dr. Neumeister
(CDU/CSU)
- An welche Projektnehmer sind sie bereits vergeben worden und zu welchen zugesagten Kosten?
91. Abgeordneter
Daubertshäuser
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, ob in der Bundesrepublik Deutschland Hexachlorcyclohexan (HCH) bzw. Lindan produziert wird, und in welchen Anwendungsbereichen Lindan zugelassen ist?
92. Abgeordneter
Daubertshäuser
(SPD)
- Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse über Gesundheitsgefährdung durch HCH vor, und wenn ja, beruhen diese Erkenntnisse auf konkreten Fällen?
93. Abgeordneter
Gansel
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, in wieviel Fällen der Träger der Sozialhilfe gemäß § 69 Abs. 2 und 3 Bundessozialhilfegesetz Beiträge einer Pflegeperson für eine angemessene Alterssicherung übernommen hat, und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den bisherigen Erfahrungen mit dieser Neuregelung der dritten Bundessozialhilfegesetz-novelle?
94. Abgeordneter
Kroll-Schlüter
(CDU/CSU)
- Wieviel Stellungnahmen zum Referentenentwurf eines Jugendhilfegesetzes (Stand Oktober 1978) und zum eingebrachten Regierungsentwurf (Drucksache 8/2571) liegen der Bundesregierung vor?
95. Abgeordneter
Kroll-Schlüter
(CDU/CSU)
- Welche Maßnahmen im Jugendhilfegesetz der Bundesregierung sind besser geeignet für Sorgerechtsentzüge, Fürsorgeerziehungsanordnung und Erziehung außerhalb der Familie, um bessere Hilfen zu gewährleisten als auf Grund der Bestimmungen des Jugendwohlfahrtsgesetzes?
96. Abgeordnete
Frau
Schleicher
(CDU/CSU)
- Wie stellen sich die deutschen Erfolge im Kampf gegen die Rauschgiftkriminalität im Verhältnis zu den niederländischen dar, und zu welchen Maßnahmen geben die Ursachen für eventuelle Unterschiede Anlaß?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr
und für das Post- und Fernmeldewesen**

- | | |
|---|---|
| 97. Abgeordneter
Dr. Schmitt-Vockenhausen
(SPD) | Wann ist mit der Vorlage des Gesetzentwurfs zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes zu rechnen, in dem einige dringende Fragen des Straßenverkehrsrechts geregelt werden sollen? |
| 98. Abgeordneter
Wolfgramm
(Göttingen)
(FDP) | Ist die Bundesregierung bereit, unter Beachtung ihrer Natur- und Umweltschutzgesetzgebung zukünftig prinzipiell auf den Bau von Autobahnen oder autobahnähnlichen Straßen durch Natur- oder Landschaftsschutzgebiete zu verzichten? |
| 99. Abgeordneter
Wolfgramm
(Göttingen)
(FDP) | In welcher Weise trägt die Bundesregierung dem Schutzcharakter von Naturparks in ihrem Fernstraßenprogramm Rechnung? |
| 100. Abgeordneter
Pawelczyk
(SPD) | Ist die Bundesregierung bereit, die Straßenverkehrs-Ordnung so zu ändern, daß Sackgassen generell einer Geschwindigkeitsbegrenzung unterworfen werden? |
| 101. Abgeordnete
Frau Hoffmann
(Hoya)
(CDU/CSU) | Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeit, bei Neubauten von Bundesautobahnen sogenannte Blindkabel längs der Autobahnen zu verlegen, um so eine kostengünstige Anschlußmöglichkeit für etwaige, später anzubringende, elektrische Anlagen zu schaffen? |
| 102. Abgeordnete
Frau Hoffmann
(Hoya)
(CDU/CSU) | Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die für die Pächter der Raststätten an den Bundesautobahnen verbindliche Regelung über die Beleuchtung der Verkehrsanlagen auf den Abstellplätzen der Autobahnraststätten dahin gehend zu ändern, daß durch eine Änderung der bisherigen Vorschriften eine – angesichts der Energieknappheit nicht zu vertretende – überflüssige Nachtbeleuchtung vermieden wird? |
| 103. Abgeordneter
Dr. Lenz
(Bergstraße)
(CDU/CSU) | Hat die im Jahr 1970 gegründete Hochwasserstudienkommission für den Rhein, der neben der Schweiz, Österreich, Frankreich, Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz auch die Bundesrepublik Deutschland angehört, deren Aufgabe es ist, im gesamten Niederschlagsgebiet des Rheins die Hochwasserverhältnisse auf Grund der Kanalisierung und anderer morphologischer Veränderungen zu untersuchen und Vorschläge für die überregionalen Hochwasserschutzmaßnahmen auszuarbeiten, ihre Ergebnisse vorgelegt, und welche Maßnahmen sind gegebenenfalls auf Grund dieser Ergebnisse beabsichtigt? |
| 104. Abgeordneter
Dr. Hornhues
(CDU/CSU) | Ist der Bundesregierung bekannt, ob Schüler des Berufsgrundbildungsjahrs (BGJ) Elektronik in Osnabrück bei einer Bewerbung um einen Ausbildungsplatz als Elektroanlageninstallateure bei der Deutschen Bundesbahn, Starkstrommeisterei in Osnabrück, dahin gehend beschieden worden sind, daß eine Bewerbung von BGJ-Schülern keinen Zweck habe, da man keine Ausbildungsplätze im zweiten Lehrjahr habe, und ist dies gegebenenfalls ein Einzelfall? |

- | | |
|--|---|
| 105. Abgeordneter
Dr. Hornhues
(CDU/CSU) | Wie verhalten sich generell die Deutsche Bundesbahn und die Deutsche Bundespost bei der Auswahl von Ausbildungsbewerbern gegenüber BGJ-Bewerbern? |
| 106. Abgeordneter
Würtz
(SPD) | Ist dem Bundesverkehrsministerium die Planung eines zivilen Flugplatzes in Diepholz-Aschen bekannt, und wenn ja, hat die Bundesanstalt für Flugsicherung die Zustimmung zu diesem Vorhaben in der unmittelbaren Nachbarschaft des Fliegerhorstes Diepholz gegeben? |
| 107. Abgeordneter
Würtz
(SPD) | Befürwortet die Bundesregierung den Bau eines Flugplatzes in Diepholz-Aschen, und ist in diesem Zusammenhang mit einer finanziellen Unterstützung des Bundes zu rechnen? |
| 108. Abgeordneter
Dr. Reimers
(CDU/CSU) | Trifft es zu, daß im Widerspruch zu der Antwort des Bundesverkehrsministers vom 13. Dezember 1978 den Mitarbeitern des Bahnbetriebswerks Hamburg-Altona bereits im Januar dieses Jahrs die Schließung des Betriebs angekündigt wurde, bzw. konkrete Maßnahmen des Kapazitätsabbaus eingeleitet wurden? |
| 109. Abgeordneter
Dr. Reimers
(CDU/CSU) | Ist es zutreffend, daß nur durch den Einsatz der im Bahnbetriebswerk Altona stationierten und gewarteten Diesellokomotiven während der Schneekatastrophe der innerstädtische Schnellbahnverkehr aufrecht erhalten werden konnte? |
| 110. Abgeordneter
Müller
(Mülheim)
(SPD) | Wann wird die Bundesregierung eine endgültige Entscheidung darüber treffen, ob sie einem Brückenwerk oder dem Ausbau des Fährbetriebs und des Betriebsbahnhofes in Puttgarden den Vorzug gibt? |
| 111. Abgeordneter
Müller
(Mülheim)
(SPD) | Erkennt die Bundesregierung an, daß das jetzt bereits bestehende Verkehrsaufkommen auf der Vogelfluglinie in Spitzenzeiten zu erheblichen zeitlichen Verzögerungen und Belastungen des Güter- und Reiseverkehrs führt, und deshalb eine baldige Entscheidung geboten ist? |
| 112. Abgeordneter
Biehle
(CDU/CSU) | Ist aus der Antwort der Bundesregierung vom 15. März 1979 über die eventuelle Einschränkung des Personenverkehrs auf der Bundesbahnstrecke Aschaffenburg — Miltenberg zu schließen, daß zwar derzeit noch keine spezielle Untersuchung erfolgt, diese aber für die Zukunft vorgesehen ist bzw. nicht ausgeschlossen wird und somit für die Jahresfahrpläne ab 1980/81 Einschränkungen bzw. Verlagerungen auf die Straße auf dieser Strecke doch noch vorgesehen werden? |
| 113. Abgeordneter
Baron von Wrangel
(CDU/CSU) | Ist die Bundesregierung bereit, im Interesse der „Gruppe besorgter Bürger“, die zu Recht um die Sicherheit der Schüler in Geesthacht-Tesperhude fürchtet und den Erholungswert des ländlichen Orts durch den steigenden Berufsverkehr, der quer durch den Ort führt, erheblich gemindert sieht, für eine direkte Anbindung zwischen der GKSS und der Bundesstraße 5 die erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen? |

- | | |
|---|---|
| 114. Abgeordneter
Baron von Wrangel
(CDU/CSU) | Kann die Bundesregierung bestätigen, daß alle anderen Lösungen zu einer erheblichen Gefährdung von Kindern führen müßte, und daß gemessen an dieser Gefahr für Personen der finanzielle Aufwand einer solchen Direktverbindung in keinem Verhältnis steht, und darüber hinaus der Erholungswert des ländlichen Orts eine erhebliche Minderung erfährt, und welche Folgerungen zieht sie gegebenenfalls daraus? |
| 115. Abgeordneter
Dr. Köhler (Wolfsburg)
(CDU/CSU) | Entspricht nach Auffassung der Bundesregierung die Autobahnauf- bzw. -ausfahrt Königslutter auf der A 2 Hannover–Berlin den baulichen und insbesondere den Sicherheitsanforderungen des heutigen Autobahnverkehrs? |
| 116. Abgeordneter
Dr. Köhler (Wolfsburg)
(CDU/CSU) | Wird die Bundesregierung darauf drängen, daß die Autobahnausfahrt Königslutter unverzüglich ausgebaut und insbesondere mit Beschleunigungs- sowie Verzögerungsspur ausgestattet wird, und wann ist mit der Aufnahme der Bauarbeiten zu rechnen? |
| 117. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU) | Ist die Bundesregierung bereit zu veranlassen, an der Bundesautobahn A 61 im Bereich der Gemeinde Weilerswist/Kreis Euskirchen weitergehende Schallschutzvorrichtungen zu errichten als dies bisher geschehen ist? |
| 118. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU) | Hält die Bundesregierung es für erforderlich, daß neue Messungen an der A 61 vorgenommen werden müssen und daß auf Grund der ermittelten Werte Sofortmaßnahmen für die Ortschaften Weilerswist und Metternich ohne Verzögerung in die Wege geleitet werden? |
| 119. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU) | Wird sich die Bundesregierung dafür einsetzen, daß die Rendsburger Schwebefähre als einige freifahrende Verbindung über den Nord-Ostsee-Kanal auch künftig ihren Dienst für Personen und Fahrzeuge aufrechterhalten kann, oder an welche andere Lösung ist gedacht, wenn die Schwebefähre im Rahmen der Kanalverbreiterung abgebaut werden sollte? |
| 120. Abgeordneter
Jäger (Wangen)
(CDU/CSU) | Welche Fakten und Zahlen über die zu erwartende Verkehrsbelastung und Verkehrsbedeutung der A 96 zwischen Memmingen und dem Wangener Kreuz werden dem unter Einschaltung eines Computers durchgeführten Bewertungsverfahren für die Vorbereitung der Fortschreibung des Bedarfsplans für die Bundesfernstraßen zugrundegelegt, und gehört zu diesen Fakten auch der Umstand, daß dieses Stück der A 96 in Zukunft den Durchgangsverkehr von zwei Autobahnen im Norden und Nordosten, nämlich der A 7 und der A 96, und dreier Autobahnen im Süden, Südwesten und Südosten, nämlich der E 17/E 4 nach Zürich – Bern – Genf, der E 61/E 16 nach Chur – Lugano – Mailand und der österreichischen Arlberg-Autobahn nach Innsbruck, zu verkraften haben wird? |
| 121. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU) | Bis wann ist die Bundesregierung bereit, die sogenannte Nato-Straße (L 78 b) bis zur Bundesautobahn 5 zu verlängern und so einen Autobahnzubringer Rastatt-Süd zu schaffen, damit insbesondere der Kieslastverkehr aus diesem Raum ohne Ortsdurchfahrten abgeleitet werden kann? |

122. Abgeordneter
Immer
(Altenkirchen)
(SPD)
- Gibt es schwerwiegende Gründe dafür, daß die bereits für das Jahr 1977 vorgesehene Baumaßnahme zur Beseitigung des Unfallschwerpunkts Kreuzungspunkt zwischen B 256 und B 62 in Roth/Kreis Altenkirchen noch immer nicht in Angriff genommen werden konnte, und wann kann mit dem Baubeginn gerechnet werden?
123. Abgeordneter
Immer
(Altenkirchen)
(SPD)
- Wann ist mit dem Neubau der Bundesstraßenmeisterei Altenkirchen zu rechnen, nachdem die Auftragsverwaltung des Landes Rheinland-Pfalz die Vorarbeiten dafür als abgeschlossen bezeichnet hat?
124. Abgeordnete
Frau
Schuchardt
(FDP)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Dichterin Agnes Miegel, zu deren 100. Geburtstag die Deutsche Bundespost eine Sondermarke herausgegeben hat, eine von 88 Schriftstellern war, die bereits im Oktober 1933 „durch ihre Unterschrift dem Reichskanzler Adolf Hitler“ die Treue gelobten, indem sie bekundeten, „Das Bewußtsein der Kraft und der wiedergewonnenen Einigkeit, die tiefe Überzeugung von unseren Aufgaben zum Wiederaufbau des Reichs veranlassen uns, in dieser ernsten Stunde vor Ihnen, Herr Reichskanzler, das Gelöbnis treuester Gefolgschaft feierlich abzulegen“, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?
125. Abgeordnete
Frau
Schuchardt
(FDP)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß Agnes Miegel 1935 in der Kommission saß, die den Schillerpreis in jenem Jahr mit der Begründung nicht verlieh, die in Frage kommenden Dichter seien nicht nationalsozialistisch genug gewesen, und daß ihr im 3. Reich für derartiges Engagement mehrere Preise zuerkannt wurden, und wenn ja, wie beurteilt die Bundesregierung unter diesen Umständen die Herausgabe der Sondermarke?
126. Abgeordnete
Frau
Schuchardt
(FDP)
- Ist die Bundesregierung bereit, angesichts der angeführten Umstände darauf hinzuwirken, daß die Sondermarke „Agnes Miegel“ zurückgezogen wird?
127. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU)
- Wie gedenkt die Bundesregierung die Härten auszugleichen, die insbesondere die Bezieher niedriger Einkommen insofern empfindlich zu spüren bekommen, als sie durch das Haushaltsstrukturgesetz den früher gewährten Fahrkostenzuschuß, z. B. als Bedienstete der Deutschen Bundespost, verloren haben, obschon sie vor allem in den ländlichen Räumen mit ungünstigen Verkehrsverbindungen und oft langen Anfahrtswegen ohnehin erhebliche Zusatzbelastungen tragen müssen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

128. Abgeordneter
Krockert
(SPD)
- Kann die Bundesregierung innerhalb des Rahmens ihrer Zuständigkeit darauf hinwirken, daß im Zuge des Wohnungsbaus für Ausländer und Zuwanderer keine Siedlungen entstehen, in denen die Ausländer zusammen, aber isoliert leben, und wenn ja, auf welche Weise?

129. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, die Heizungsbetriebsverordnung dahin gehend zu ändern, daß die Heizungsfachfirma, die die durch den Bezirksschornsteinfegermeister bei der Überwachung der Heizungsanlage festgestellten Mängel beseitigt hat, dies dem Bezirksschornsteinfegermeister bestätigt oder durch Vorlage einer Zweitschrift der Rechnung nachweist, anstatt daß dieser die Messung wiederholen muß, wodurch dem die Anlage betreibenden Bürger nochmalige und unnötige Kosten entstehen?
130. Abgeordneter
Dr. Wittmann
(München)
(CDU/CSU)
- In welchem Umfang werden derzeit Wohnungsprogramme zur Unterbringung von Spätaussiedlern in den Bundesländern mit welcher Unterstützung des Bundes durchgeführt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

131. Abgeordneter
Kuhlwein
(SPD)
- Welche Schritte hat die Bundesregierung bisher eingeleitet, um Kraftfahrer auf den Transitstrecken durch die DDR nach Berlin besser als bisher über die Unterschiede zwischen den Straßenverkehrsordnungen in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR zu informieren, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, eventuell in Zusammenarbeit mit den Kraftfahrerverbänden sicherzustellen, daß alle Kraftfahrer im Transitverkehr durch die DDR die wichtigsten Bestimmungen der Straßenverkehrsordnung der DDR kennen?
132. Abgeordneter
Dr. Wittmann
(München)
(CDU/CSU)
- Was gedenkt die Bundesregierung gegenüber der „DDR“ zu unternehmen, um den neuerdings sich häufenden Beschlagnahmen von Grundstücken von Bewohnern der Bundesrepublik Deutschland zu begegnen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

133. Abgeordneter
Pfeffermann
(CDU/CSU)
- Nach welchen Kriterien und nach welchen Methoden werden die Forschungsprogramme des Bundesministers für Forschung und Technologie entwickelt, und betrachtet es der Bundesminister als Erfolg seiner Forschungspolitik — wie dies in seiner Rede am 23. Februar 1979 in Berlin geschehen ist —, daß z. B. das Programm „Neue Technologien für Transport, Verkehr und Bau“ durchaus zu interessanten Technologien geführt hat?
134. Abgeordneter
Pfeffermann
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß das Programm „Kommunale Technologien“ durch das Bundesministerium für Forschung und Technologie nicht mehr weitergeführt wird mit der Begründung, daß die Ziele erreicht seien, und wann stellt der Bundesminister für Forschung und Technologie dies im einzelnen der Öffentlichkeit mit der gleichen Deutlichkeit dar, mit der er das Programm verkündet hatte?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Bildung und Wissenschaft**

135. Abgeordneter
Dr. Hüsch
(CDU/CSU) Welches Ergebnis hat die vom Bundeskanzler auf einer gemeinsamen Sitzung mit den Ministerpräsidenten der Länder im Februar 1979 gegebene Anregung gehabt, Initiativen in den einzelnen Ländern zur Verbesserung und Ausweitung des französischen Unterrichts zu ergreifen?
136. Abgeordneter
Kuhlwein
(SPD) Hält die Bundesregierung es für wirksam, Probleme der Erziehung nach dem Muster der Fernsehsendung „Der 7. Sinn“ zur Verkehrserziehung über die Massenmedien zu vermitteln, und welche Möglichkeiten sieht sie gegebenenfalls, ein solches Projekt zu starten?

Bonn, den 23. März 1979